



Presseerklärung des Vereins Landschaftsschutz Plätzenberg 23.03.09

CDU schließt Bebauung am Plätzenberg nicht aus

Der Verein Landschaftsschutz Plätzenberg sieht im Antrag der CDU-Fraktion an die Stadtverordnetenversammlung am 26.03.2009 die Bestätigung, dass weiterhin alle Türen für eine Bebauung des Plätzenberges weit offengelassen werden. Karin Spies, die Presssprecherin des Vereins: „Nach der OB-Wahl wird dann die Katze aus dem Sack gelassen werden.“

Die CDU fordert im Antrag lediglich eine Prüfung

1. dessen was an die Stelle der Pestalozzischule an den Plätzenberg gesetzt werden soll
2. der verfahrensrechtlichen Konsequenzen für den zukünftigen Regionalen Flächennutzungsplan und den B-Plan 99

Durchsichtig ist für den Verein, warum sich die CDU mit dem Ergebnis hierzu bis zu den Sommerferien Zeit lassen will. Karin Spies: *„Diese erneute Verzögerung bis nach der OB-Wahl kann nur aus taktischen Gründen, nicht aus sachlichen Gründen erfolgen. Das letzte Gutachten liegt schließlich angeblich seit Oktober 2008 vor“*, wertet Karin Spies die aus dem Antrag ersichtliche Intension der CDU.

Wenn tatsächlich von einer Bebauung am Plätzenberg abgesehen werden soll, wie die Oberbürgermeisterin Ursula Jungherr betont, dann sollte sich die Koalition (CDU / FDP) doch zumindest noch vor der Wahl dem Antrag von BLB und B90/Grüne anschließen, der eine Fortsetzung des B-Plan 99 mit der Änderung Grünfläche anstatt ‚Sonderbaufläche Schule‘ als Forderung an den Magistrat stellt.

Der Verein wertet dies als eine Wahlkampf bedingte Verzögerungstaktik, um den Plätzenberg nach der OB-Wahl weiterhin für eine Bebauung offen zu halten. BLB und B90/Grüne fordern eine Entscheidung noch vor der Wahl für einen zügigen Abschluss des B-Plan Verfahrens, um eine Bebauung des Plätzenberges sicher zu verhindern.

Der Verein schlussfolgert: Wenn es CDU und die Oberbürgermeisterin wirklich ernst mit dem neuen Standort für die Pestalozzischule meinen, ist es nicht logisch, weshalb das Bebauungsplanverfahren Nr. 99 nicht mit der Festsetzung einer unbebauten Fläche statt der Sonderbaufläche schnellstmöglich fortgesetzt werden kann, es sei denn, der Verzicht auf die Bebauung war ein im wörtlichen Sinne taktischer „Wahlversprecher“ der CDU.

Dr. Peter König
1. Vorsitzender

www.platzenberg.de